

Die Novemberrevolution in Gera

1918 - 1919

- Eine Chronik -

bearbeitet von Walter Hande

Herausgeber:
DIE LINKE, Stadtverband Gera
Arbeitsgemeinschaft Geschichte
Gera 2008

für das Internet formatiert
2012

Zum Geleit

Vor 90 Jahren, im November 1918, stürzten in Deutschland revolutionäre Arbeiter und Soldaten die Monarchien und beendeten damit den seit mehr als 4 Jahre anhaltenden 1. Weltkrieg. Mit der Novemberrevolution von 1918 begann ein neuer Abschnitt in der deutschen Geschichte, ohne den die heutige Demokratie nicht denkbar wäre. Das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht für Männer und Frauen gehört ebenso zu den Errungenschaften wie auch der Achtstundentag.

Unter dem Einfluss der Oktoberrevolution in Russland begann diese Revolution mit den Aktionen der roten Matrosen von Kiel und erfasste schnell alle Regionen Deutschlands. Mit der Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten wurde eine neue Form direkter demokratischer Mitbestimmung geschaffen.

Auch in Thüringen und Gera wurden mit dem Sturz der Fürstenhäuser die Kleinstaaterei beendet und der Weg zur Gründung des Landes geebnet. Mit regionalen und überregionalen Fakten und Ereignissen zeichnet die vorliegende Broschüre ein authentisches Bild der damaligen Ereignisse in unserer Heimatstadt. Dabei werden sowohl die sozialen und politischen Hintergründe in der Region beleuchtet, die zu den revolutionären Massenbewegungen führten, als auch die handelnden Personen in den Focus gerückt, die die damaligen Ereignisse maßgeblich mitgestalteten.

Der Leser kann Schritt für Schritt die sich zuspitzende revolutionäre Situation der damaligen Zeit in Gera nachvollziehen und erfahren wie sich die politischen Kräfte formierten und wandelten.

Mit der Broschüre ist ein weiterer Mosaikstein für das Erfassen der regionalen politischen Geschichte unserer Stadt entstanden. Dafür danke ich allen, die unter Leitung von Walter Hande an Erarbeitung mitgewirkt haben..

Wolfgang Heise

Der Weg in die Revolution

01. August 1914 - Ausbruch des 1. Weltkrieges

Zum Ende des 19. Jahrhunderts haben sich die Widersprüche zwischen den Interessen der imperialistischen Großmächte so verschärft, dass mit einem Krieg gerechnet werden muss. Insbesondere Deutschland ist an der Eroberung weiterer Kolonien und Absatzmärkte interessiert.

Die jahrelange nationalistische Erziehung, die Verherrlichung der kriegerischen Vergangenheit, die militaristische Durchsetzung der Gesellschaft trägt Früchte. Es kommt zu einer allgemeinen Kriegsbegeisterung. Die Sozialdemokratische Partei gilt als Bollwerk gegen die Kriegspolitik. Aber im August 1914 geht die Führung der Partei in das Lager der „Vaterlandsverteidiger“ über. Am 4. August 1914 stimmt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion mit für die Bewilligung der Kriegskredite.

1. November 1914

In Gera tagt eine Versammlung der SPD und beschließt unter anderem: „Die heutige Versammlung des sozialdemokratischen Vereins für Reuß j. L., Ortsgruppe Gera, erklärt sich mit der Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion am 04.08.1914 sowie mit den im Referat niedergelegten Anschauungen vollständig einverstanden.“ Der Reichstagsabgeordnete Emanuel Wurm, der in der Versammlung auftritt, erklärt: „Ist aber einmal der Krieg entbrannt, so hat das Proletariat eines jeden Landes so entgegengesetzt seine sonstigen Interessen denen der Kapitalisten sind, dieselben Aufgaben zu erfüllen wie alle anderen Bevölkerungsklassen.“

02. Dezember 1914

Karl Liebknecht stimmt im Reichstag als einziger gegen die 2. Kriegskreditvorlage.

10. Juli 1915

Der erwartete schnelle Sieg bleibt aus. Die Lebenslage verschlechtert sich rapide. Der sozialdemokratische Ortsverein Gera-Lusan hält im Protokollbuch fest: „Gen. Hartmann, der auf dem Liebknechtschen Standpunkt steht, stellt den Antrag,

die Versammlung ... ersucht den Hauptvorstand Reuß j. L. bei Gen. Wurm dahin zu wirken, dass dieser jedoch noch kommenden Kriegskredit ablehne und dahin wirke, dass ein baldiger Frieden erzielt wird.

Gen. Gehler stellt einen Gegenantrag, der abgelehnt wird.“

21. Dezember 1915

Außer Karl Liebknecht und Otto Rühle stimmen weitere 17 Abgeordnete der SPD (die sog. Zentristen) gegen die Kriegskredite, unter ihnen Emanuel Wurm aus dem Wahlkreis Reuß j.L.

Februar 1916

Gruppen von Mitgliedern der SPD in Gera-Ost und Debschwitz wenden sich gegen die Burgfriedenspolitik ihrer Partei. Der Vorstand von Gera ruft jugendliche Arbeiter zur Jahresversammlung ins Gasthaus „Zum Adler“ auf. Das Vorstandsmitglied Albert Wetzels verteidigt die Politik des Parteivorstandes gegen den Widerspruch der jungen Arbeiter. Zwei Drittel der Anwesenden stimmen gegen den Vorstand.

06. April 1916

Die Arbeitshetze in den Betrieben nimmt zu; die Ernährungslage verschlechtert sich weiter. Am 6. April 1916 versammeln sich Hunderte Arbeiterfrauen und Jugendliche, unter der Führung von Luise Zink, in der Innenstadt (Johannisstraße). Sie ziehen schließlich zum Schloss Osterstein und verlangen den Fürsten zu sprechen. Sie fordern Brot, Kartoffeln und Butter sowie ihre Männer zurück, die sich draußen „nur für die Großen“ erschießen lassen müssen. Als Teilnehmer werden Ida Kühn, Selma Glaser und Frieda Kneipe genannt.

23. und 24. April 1916

In Jena findet eine illegale Konferenz der oppositionellen Arbeiterjugend mit Karl Liebknecht statt. Sie geht als „Osterkonferenz“ in die Geschichte ein. Aus Gera nehmen teil: Hedwig Fuchs, Marta Dämmrich, Georg und Robert Hauschild, Hermann Schulze.

Frühjahr - Sommer 1916

Nach der Osterkonferenz versammeln sich Jugendliche in Gera zur Beratung. Als Berichterstatter werden Hermann Schulze und Georg Hauschild genannt. Jugendliche, darunter Hedwig Fuchs und Georg Hauschild kleben Flugblätter („Das

Gebot der Stunde“). Ernst Grimm wird als einer der Verteiler festgestellt und umgehend an die Front geschickt. Otto Rühle spricht vor jugendlichen Genossen in der Gaststätte „Zum Adler“ in Gera gegen den Krieg und gegen den Burgfrieden.

September 1916

Mitte September wird ein Antikriegstag in Gera organisiert. Das Treffen findet im Martinsgrund statt. Anschließend erfolgt eine Demonstration von ca. 150 Personen.

1916

Die Rekrutierung der Jahrgänge 1898/99 zur Armee erschwert den Widerstand oppositioneller Kräfte. Georg Hauschild fällt 1916 an der Front.

Winter 1916/1917

Der Winter 1916/17 wird in einem Bericht als schlimmste Zeit in Gera bezeichnet. Die Rohstoffe sind fast aufgebraucht - Arbeiter werden entlassen. Anstelle von Kartoffeln werden meist Kohlrüben ausgegeben. Milch fehlt, besonders für Kinder. Die wöchentliche Ration pro Person an Butter beträgt 40 g. Der Durchschnittslohn in den Betrieben Hirsch/Schulenburg beträgt:

2,25 Mark für den Arbeitstag (ein Stundenlohn von 22 Pfennige) Der Arbeitstag umfasst 10 Stunden. Der Schwarzhandel blüht.

Januar 1917

Brauereiarbeiter in Gera treten in den Streik, um die Erhöhung ihrer Löhne zu erzwingen. Hermann Schönfeld, Bevollmächtigter des Metallarbeiterverbandes, wird verhaftet und in Weida in der Osterburg inhaftiert. Das Geraer Tageblatt Nr. 31 vom 7.2.1917 meldet: „Die Vorstände und Vertrauensleute der Sozialdemokratie von Reuß j. L. haben einstimmig eine Entschlie-ßung angenommen, in der sie sich auf den Boden der Arbeitsgemeinschaft (gemeint ist die USPD) stellen, der auch der Vertreter des Kreises im Reichstag, Wurm, angehört“.

20. März 1917

Das „Geraer Tageblatt“ Nr. 66 vom 20.3.1917 meldet: Unzufriedenheit über Zuteilung von Möhren und Kohlrüben anstelle von Kartoffeln. „Gewiss ist das nicht angenehm, aber schwerwiegend ist es denn doch nicht, dass folgendes Spottgedicht

gerechtfertigt wäre, das dieser Tage auf dem Schlachthof gesungen wurde: Oh Deutschland hoch in Ehren, das Volk frisst Kohlrüben und Möhren. Der Stadtrat sechs Stück Butter, der Arbeiter das Schweinefutter.“

31. März 1917

Im „Geraer Tageblatt“ vom 31.3.1917 Nr. 176 heißt es: „Ziemliche Erregung herrschte heute (wahrscheinlich 30.3.) unter dem Publikum, dass eine hiesige Firma neue Kartoffeln hier eingeführt haben soll, die sie nachts ihrer besseren Kundschaft abgegeben haben soll, und zwar in größeren Mengen... Eine größere Anzahl von Frauen zog heute zum Landratsamt ... um sich zu beklagen.“

März 1917

Die Stadt Gera gibt Papiergeld für Kleingeld aus. Kupfer- und Nickelmünzen werden eingezogen.

April 1917

Die ausgeschlossenen Reichstagsabgeordneten der SPD konstituieren sich in Gotha als „Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ (USDP). Der USDP schließt sich die Gruppe „Internationale“ um Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Otto Rühle an. Versorgungslage in Gera: wöchentlich 1.500 g Brot oder 1000 g Mehl und 40 Gramm Fett. Es wird von Streiks in anderen Orten berichtet. In Gera erscheinen Flugblätter mit Streikaufrufen für den 16.4.1917.

Juni 1917

Im „Geraer Tageblatt“ Nr. 142 vom 21. Juni 1917 steht: „Die Sozialdemokratie im Wahlkreis Reuß j.L.: am 17.6.1917 ist der Anschluss an die Unabhängige Sozialdemokratische Partei mit 58 gegen 5 Stimmen beschlossen worden.“

11. Juli 1917

Das „Geraer Tageblatt“ berichtet über eine Versammlung der SPD, die der „alten“ Partei treu bleibe. Eine neue örtliche Leitung wird gebildet.

30. Juli 1917

Vor dem Geraer Regierungsgebäude findet eine Demonstration gegen den Hunger statt.

31. Juli 1917

Es kommt zu einer Hungerrevolte in Gera. Zirka 90 Geschäfte werden geplündert. An der Passage und an der Sorge spielen sich aufgeregte Szenen ab. Frauen stürmen Brotläden. In der Schloßstraße versucht Militär - ohne Erfolg - die Straße zu räumen. Die Geraer Gasarbeiter streiken. Die Gasversorgung wird unterbrochen.

Juli 1917

Drei Kirchenglocken werden in Gera beschlagnahmt und abgenommen.

1. August 1917

Der Oberbürgermeister Huhn warnt vor hohen Strafen für die Teilnehmer der Unruhen vom 31. Juli 1917.

2. August 1917

Der Belagerungszustand wird verhängt. Kriegsgerichte werden gebildet.

26. August 1917

Generalleutnant von Kehler, vom XI. Armeekorps, warnt vor Streiks. Es werden Zuchthausstrafen von 2 bis 10 Jahren angedroht.

August 1917

123 Männer und Frauen stehen vor Gericht. Hohe Zuchthaus- und Gefängnisstrafen (vorwiegend für Frauen) werden ausgesprochen. Hedwig Fuchs erhält aus Berlin Flugblätter, die zum Antikriegstag der Jugend am 2.9.1917 aufrufen. In Betrieben wird durch Handzettel zum Streik aufgerufen. Am 31. August 1917 wird Hedwig Fuchs verhaftet. Ein zweites Paket wird auf der Post beschlagnahmt.

3. September 1917

Anlässlich des Antikriegstages führt eine Demonstration vom Martinsgrund zu „Hartmanns Lokal“ in Gera-Zwötzen.

12. September 1917

Urteil des Kriegsgerichtes über Hedwig Fuchs, wegen versuchten Landesverrates, zu einem Jahr Festung. Robert Hauschild, zur Zeit flüchtig, wird Anfang 1918 ergriffen und erhält eineinhalb Jahre Gefängnis.

9. November 1917 In der Geraer Zeitung erscheinen ab 9. November verschiedene Meldungen zu den revolutionären Ereignissen in Russland, z. B.:

am 09. November 1917 über die Vorgänge in Petersburg,
am 10. November 1917: bis auf weiteres ist der Sieg der Bolschewiki zur Tatsache geworden...

am 11. November 1917: „Vorschlag eines sofortigen demokratischen Friedens...“

17. November 1917

In der Geraer Zeitung werden „Ratschläge zur Kriegsspeisekarte der Hunde“ gegeben. Unter anderem heißt es: „Am Niederrhein z. B. soll die gesamte Hundehaltung auf 1/10 ihres Friedensbestandes zurückgegangen sein.

Zum Durchhalten ist es unbedingt nötig, den Hunden - neben dem Hauptfutter aus Rüben usw. - wenigstens zeitweise Fleisch- und Knochennahrung zuzuführen.“ Den Jägern wird geraten, Elstern und Krähen als Futter zu schießen. Unter dem Stichwort „Eichhörnchen-Fleisch“ wird das Abschießen für die menschliche Nahrung (neben Meerschweinchen) propagiert.

„Im Stadtwald von Hannover ... werden jährlich allein 300 bis 400 Stück abgeschossen, so dass der Fleischertrag für ganz Deutschland gar kein so Unerheblicher sein dürfte“.

Januar 1918

Ausgehend von Berlin entwickelt sich eine große Streikbewegung in Deutschland. In Gera bleibt es relativ ruhig. Lediglich in Untermhaus (damals noch ein selbständiger Ort) streiken Holzarbeiter. Der Stadtrat stellt dazu am 5. April 1918 fest, dass es im verflossenen 1/4 Jahr keine Streiks oder Aussperungen gab.

12. September 1918

Nach voller Verbüßung der Haftstrafe wird Hedwig Fuchs entlassen. Anlässlich der 30-jährigen Regierungszeit Heinrich XXVII wurde zuvor eine Amnestie ausgesprochen. Sie schloss allerdings Hedwig Fuchs und Robert Hauschild aus.

30. September 1918

Die Vertreter der SPD Philipp Scheidemann und Gustav Bauer treten in die kaiserliche Regierung ein. Dazu erklärt Friedrich

Ebert: „...eine Ablehnung bedeutet, das weitere Schicksal Deutschlands der Partei der Revolution zu überlassen.“

22. Oktober 1918

Die Zeitung meldet Grippefälle mit Todesfolge in Gera.

26. und 27. Oktober 1918

Gründungskongress der „Freien Sozialistischen Jugend“ in Berlin. Aus Gera nimmt Walter Heinzmann teil. Karl Liebknecht hält das Hauptreferat.

4. November 1918

In Kiel beginnt die Revolution der Matrosen.

5. November 1918

Bürgerliche Vereine in Gera rufen zur Abwehr der drohenden Revolution auf.

7. November 1918

Friedrich Ebert erklärt: „Wenn der Kaiser nicht abdankt, dann ist die soziale Revolution unvermeidlich, ich aber will sie nicht, ja, ich hasse sie wie die Sünde.“ Der reußische Fürst bildet die Regierung um.

7./8. November 1918

Die Revolution hat, bis auf Berlin, fast alle größeren Städte erreicht. Arbeiter- und Soldatenräte (ASR) werden landesweit gebildet.

8. November 1918

Die revolutionären Obleute in Berlin beschließen den Generalstreik und den Aufstand. „Spartakus“ ruft zum Kampf für die sozialistische Republik auf.

Die Revolution in Gera

9. November 1918

Die Revolution erreicht am 9.11.1918 Berlin. Die Republik wird ausgerufen. Der Rat der Volksbeauftragten (gebildet von SPD und USPD) übernimmt die Regierungsgeschäfte, bevollmächtigt vom Arbeiter- und Soldatenrat.

Der Elferrat des reußischen Landtages tagt und beschließt einen Staatsrat zu bilden sowie eine Änderung des 5-Klassenwahlrechts vorzunehmen.

Die Umwälzung in Gera.

* Gera, 11. November. Am gestrigen Sonntag fand hier in der Ostvorstädtischen Turnhalle eine von Frauen, Bürgern und Soldaten massenhaft besuchte Volksversammlung statt. Sie stimmte folgenden Forderungen zu:

- 1) Die Abschaffung aller Dynastien und die Bildung einer Republik Großthüringen.
- 2) Verteidigung des deutschen Meeres auf die Verfassung.
- 3) Beseitigung aller Verfassungsbestimmungen, die der Freiheit des gesamten deutschen Volkes entgegenstehen und den Ausbau Deutschlands zu einem demokratischen Staatswesen hemmen.
- 4) Ausschaltung aller reaktionären Elemente aus der politischen Verwaltung und völlige Demokratisierung der Verwaltungsorgane.
- 5) Annahme der Waffenstillstandsbedingungen. Grundsätzliche Ablehnung des von den Alldeutschen propagierten Gedankens der nationalen Verteidigung.
- 6) Sofortige Ergreifung aller Maßregeln, welche die Ordnung, Sicherheit und Ruhe bei der Abrüstung und Heimkehr der Truppen verbürgen.
- 7) Schaffung wirksamster Garantien für das Beschwerderecht der Soldaten.
- 8) Umfassende soziale Fürsorgemaßnahmen für die Notleidenden; Arbeitslosenversicherung; achtstündiger Arbeitstag.

Weiter wurde beschlossen: „Es ist ein aus Arbeitern und Soldaten bestehender

Arbeiter- und Soldatenrat

zu wählen, dem die öffentliche Gewalt so lange übertragen wird, bis durch eine Nationalversammlung die demokratische Gestaltung des neuen Staatswesens durchgeführt ist. Der Arbeiter- und Soldatenrat wird ermächtigt, alle Maßnahmen zu treffen, die das Wohl des Volkes zu fördern geeignet sind“.

Gegen Mittag versammeln sich spontan Einwohner und viele Fronturlauber in Gera auf dem Johannisplatz. Soldaten entfernen Kokarden und Achselstücke. Unter Führung der Funktionäre der USDP, Hermann Drechsler und Wilhelm Leven, (Abgeordnete des reußischen Landtages und Redakteure der „Reußischen Tribüne“) zieht ein Demonstrationzug zur reußischen Kaserne.

Cirka 2000 Soldaten schließen sich der Revolution an. Über der Kaserne weht die rote Fahne. Die Offiziere haben die Flucht ergriffen. Ein Soldatenrat wird gebildet und übernimmt das Kommando.

Abgeordnete des Landtages werden vom Fürsten empfangen. Heinrich XXVII. Reuß j. L. erklärt sich bereit, mit den Sozialdemokraten zu sprechen.

10. November 1918

Friedrich Ebert vereinbart, hinter dem Rücken der revolutionären Kräfte, mit der Obersten Heeresleitung ein gemeinsames Vorgehen gegen die Revolution. Der ASR bestätigt die Regierung Ebert als Rat der Volksbeauftragten.

Um 11.00 Uhr beginnt in der Ostvorstädtischen Turnhalle eine große Massenversammlung. Es sprechen Wilhelm Leven und Emil Vetterlein.

Es wird ein Acht-Punkte-Programm beschlossen:

1. Abschaffung aller Dynastien und Bildung der Republik Großthüringen
2. Vereidigung des Heeres auf die Verfassung
3. Beseitigung der Verfassungsbestimmungen, welche der Freiheit entgegenstehen
4. Demokratisierung der Verwaltung, Ausschaltung reaktionärer Elemente
5. Ablehnung der von den „Alideutschen“ propagierten nationalen Verteidigung. Annahme der Waffenstillstandsbedingungen.
6. Für Sicherheit, Ruhe und Ordnung bei der Abrüstung und Heimkehr der Truppen
7. Garantien für das Beschwerderecht der Soldaten

8. Achtstunden-Arbeitstag; Fürsorgemaßnahmen für Notleidende, einschließlich Arbeitslosenversicherung

Es wird ein Arbeiter- und Soldatenrat (ASR) gewählt, der zunächst 16 Arbeiter und 16 Soldaten umfasst.

Im Anschluss formiert sich ein großer Demonstrationzug mit Trommler und roter Fahne an der Spitze. Inmitten des langen Zuges begeben sich Emil Vetterlein und die anderen Mitglieder des ASR zum Regierungsgebäude. Gegenüber Staatsminister Ruckdeschel, Staatsrat von Brandenstein und Regierungsrat Dr. Lummer verlangt Emil Vetterlein die Abdankung des Fürsten und den Rücktritt von Ruckdeschel sowie die Übergabe der Staatsgeschäfte an den ASR. Der Staatsrat von Brandenstein wird beauftragt, weiter als Staatsminister zu arbeiten. Unmittelbar danach erwirkt Hermann Drechsler mit dem ASR im Rathaus den Rücktritt des Oberbürgermeisters Dr. Ernst Huhn. Die Amtsgeschäfte übernimmt der bisherige Stadtrat Dr. Kurt Herfurth. Auf den städtischen und den Regierungsgebäuden werden rote Fahnen gehisst.

Die erste konstituierende Sitzung des ASR findet am gleichen Tage im Gebäude des Ministeriums statt. Es wird ein Vollzugausschuss gewählt.

Als Mitglieder werden genannt:

- Hermann Beyer
- Hermann Drechsler
- Wilhelm Leven
- Emil Vetterlein
- Franz Zink (alle USPD)
- Max Lang (von der SPD)
- Vom Soldatenrat:
 - Landsturmmann Bab
 - Gefreiter Böhme
 - Vizefeldwebel Junkermann

Im Fiedlerschen Haus wird eine Feldwache (15 Mann mit 2 Maschinengewehren) eingerichtet. (*Die personelle Zusam-*

mensetzung des Vollzugsausschusses weist in den Quellen Unterschiede aus.)

In der Folge werden Probleme der Polizei, der Justiz und Beamten durch den ASR behandelt. Je zwei Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrates werden dem Ministerium beigeordnet. Ein Gnadenerlass wird verabschiedet. Laut Protokoll heißt es zu einer Personalie: „Dem Arbeiter- und Soldatenrat wäre es sympathisch, wenn Geheimrat Graesel zurückträte und Staatsrat von Brandenstein die Kirchen- und Schulsachen mit bearbeitet.“ ...

Ein Vertreter des ASR zur Reichsrätekonzferenz Berlin im Dezember 1918 wird gewählt. Einstimmig wird Emil Vetterlein benannt. Die Zustimmung zu schnellen Wahlen und Übergabe der Macht wird zum Knackpunkt der Auseinandersetzungen mit der Spartakusgruppe.

12. November 1918

Das „Geraer Tageblatt“ Nr. 265 berichtet am 12.11. über die Ereignisse in Gera, mit der Grundaussage: „Alle Militär-, Regierungs- und Zivilgewalt ist an den Arbeiter- und Soldatenrat übergegangen.“

In der Folge erlässt der ASR Notverordnungen:

Mindestlöhne

Arbeiter über 18 Jahre erhalten danach z. B. ab 28.11.1918 pro Stunde:

0,95 Mark und ab 1.1.1919 pro Stunde: 1,05 Mark

Die Verordnung wird später, nach Protesten der Unternehmer, durch die Reichsregierung aufgehoben.

Schaffung der Verwaltungsgemeinschaft Reuß ä. L. (Greiz) und Reuß j. L. (Gera). Damit existieren ein gemeinsamer ASR, gemeinsame Landesregierung und Staatsrat.

Eingemeindungen von Ortschaften zur Unterbindung von Steuerflucht und zur Gewährleistung der Siedlungsfläche für die Stadt Gera.

Die Form der Erlasse des ASR mit der Bezeichnung „Notgesetze“ wird vom RA Oberländer (Vertreter des ASR Reuß ä. L.) kritisiert. Für Oberländer hat der ASR alle Rechte zur Gesetzgebung und legt diese nicht zur Genehmigung einem

späteren Landtag vor. Die Differenz mit Brandenstein wird nicht geklärt.

13 November 1918

Dem Soldatenrat gelingt es nicht, die Disziplin in der Kaserne aufrecht zu erhalten. Von einigen Soldaten wird die Rückkehr der Offiziere verlangt.

Am 16.11. beantragt der Soldatenrat die Wiedereinstellung von Offizieren.

15 November 1918

In einer Verordnung erklärt der ASR den reaktionären alten Landtag nicht für aufgelöst sondern für vertagt. Er kündigt an, seine Rechte einem Landesparlament zu übergeben, das nach neuen Grundsätzen der neuen Reichsregierung gewählt wird. Zu diesem Zeitpunkt arbeitet noch die Gemeindevertretung von Gera - gewählt nach dem Fünfklassenwahlrecht des Jahres 1913.

23. November 1918

Der Soldatenrat veranlasst, auf der Grundlage einer Anordnung der „Obersten Heeresleitung“, die Einstellung der alten Offiziere. In der Tonhalle in Gera tagt eine Versammlung der „Demokratischen Partei“, mit ca. 1.500 Teilnehmern. Unter anderem wird beschlossen: „Abwehr jedes Versuches, die Staatsform ... auf dem Wege der Diktatur zu bestimmen“.

30. November 1918

Der Verband Thüringischer Industrieller orientiert darauf, in den ASR bürgerliche Vertreter zu entsenden und die Interessen der Industrie zu wahren.

10. Dezember 1918

69 Vertreter vom ASR des 36. Wahlkreises beraten in Erfurt über die Gründung einer Provinz Thüringen.

21. Dezember 1918

Der Reichsrätekongress in Berlin wird beendet. Er spricht sich gegen den Fortbestand der Räte und für Wahlen zur Verfassungsgebenden Nationalversammlung aus. Emil Vetterlein stimmt, als Vertreter des Geraer ASR, für diese Beschlüsse.

22. Dezember 1918

Aus Teilen des fürstlichen Vermögens wird die Stiftung „Volks-hochschule Reuß“ gebildet (öffentliches Vortrags- und Bil-

dungszentrum, freie öffentliche Landesbücherei, Heimvolkshochschule Tinz). Die Bildungseinrichtung spielt in der Zeit der Weimarer Republik eine bedeutende Rolle für die Arbeiterbewegung, weit über Gera hinaus.

29. Dezember 1918

Die USDP tritt aus der Regierung aus.

30. Dezember 1918

Der Gründungsparteitag der KPD in Berlin beginnt, mit Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Von den Anhängern der Spartakusgruppe in Gera nimmt als Gast Hermann Schulze teil.

Dezember 1918

Ein Bürgerrat, als Gegengewicht zum ASR, wird in Gera gebildet.

Januar 1919

Unter dem Befehl von Noske, SPD („einer muss der Bluthund werden“) zerschlagen konterrevolutionäre Truppen in blutigen Kämpfen weitere Aktionen der Arbeiter in Berlin.

In Gera gibt es 4.820 Arbeitslose (November 1918 über 3.000 Arbeitslose). Brandenstein hat den Eindruck, dass ein Großteil der Industriellen kein Interesse daran habe, Aufträge zu erhalten. Sie haben die Annahme von Rohstoffen verweigert „und jetzt ist es so weit gekommen, dass wir keine Kohlen haben“. Der ASR beantragt, „um den Wucher mit Kohlen... zu steuern, bei den zuständigen Reichsstellen... die Sozialisierung aller Gruben und Werke in die Wege zu leiten“.

In weiteren Diskussionen werden gegensätzliche Auffassungen zu Sozialisierung sichtbar. Die Forderungen des Spartakusbundes werden zurückgewiesen (Spartakus will nur umwerfen, nicht aufbauen). Die Machtlosigkeit des ASR wird diskutiert und die Befürchtung ausgesprochen, dass die Spartakusleute „immer mehr Anhänger gewinnen...“.

In Gera befinden sich 200 Matrosen. Im ASR wird über einen Abgesandten der spartakistisch eingestellten Matrosen aus Berlin berichtet. Es werden Störungen gegen die Wahlen zur Nationalversammlung befürchtet.

19. Januar 1919

Die Wahlen zur Nationalversammlung finden statt. Die USDP wird in Gera stärkste Partei (USPD 22.953 Stimmen; SPD 7.141 Stimmen = zusammen

67 Prozent der abgegebenen Stimmen). Im Reich verfehlen SPD (37,9 %) und USPD (7,6 %) die absolute Mehrheit.

In der Gastwirtschaft „Zum Eisernen Kreuz“ in der Altenburger Straße wird eine Ortsgruppe der KPD, nach dem Bericht von Hermann Schulze jun. über seine Teilnahme am KPD Gründungsparteitag, gebildet. Als weitere Gründungsmitglieder werden genannt:

Fritz Gießner

Paul Hohmann

Max Keppel

Karl Matthes (genannt Heimann)

Hermann Schulze (sen.)

Kurt Sebastian (1. Ortsvorsitzender)

26. Januar 1919

Mitglieder und Anhänger der neu gegründeten Ortsgruppe der KPD führen in der Ostvorstädtischen Turnhalle eine Protestversammlung, anlässlich der Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs, durch. Der anschließende Demonstrationzug wird mit der Wachkompanie konfrontiert. Karl Matthes und Hermann Schulze übergeben dem Vollzugsausschuss die Forderungen der Versammelten:

Bestrafung der Mörder

Entfernung und Entwaffnung der Offiziere aus den Kasernen

Einsetzen von Beiräten im Ernährungsamt

Bessere Lebensmittel- und Kohleversorgung

Durchsuchung aller Villen nach Lebensmitteln und Kohlen

28. Januar 1919

Im ASR kommt es mit Karl Matthes zu heftigen Auseinandersetzungen über die Demonstration am 26. Januar 1919. Albin Beyer (USPD) bekennt sich zur Regierung Ebert/Scheidemann. Nach den Quellen entscheiden sich alle Mitglieder des ASR gegen „Spartakus“. Karl Matthes wird aus dem ASR ausgeschlossen. Von diesem Zeitpunkt an beginnt eine scheinbar

unversöhnliche Feindschaft zwischen sozialdemokratischen und kommunistischen Anhängern in Gera.

2. Februar 1919

Wahlen zum reußischen Landtag. 62 % aller Stimmen entfallen auf den Listenverbund von USPD und SPD.

13. Februar 1919

In der Sitzung des ASR stellt Gen. Zschätzsch fest: „In dem Augenblick, wo wir uns für die Einberufung des Landtages entschieden haben, mussten wir uns darüber klar sein, dass wir uns damit das Todesurteil gesprochen haben.“ In der Resolution vom 13.2. heißt es widersprüchlich: „Der Arbeiter- und Soldatenrat hält die Revolution noch nicht genügend gesichert, um die Auflösung der Arbeiter- und Soldatenräte zu rechtfertigen. Indessen ist die gesetzgebende Gewalt auf den Landtag übergegangen...“. Der Vollzugsrat soll Vorschläge für die Arbeit des ASR unterbreiten und dann: „Der gemeinsame Arbeiter- und Soldatenrat hat sich aufgelöst.“

3. April 1919

Nach Sitzungen, noch bis Anfang April 1919, löst sich der ASR mit Bekenntnissen zu einer „... gesetzmäßigen Regierung, die sich auf das Ergebnis von Wahlen nach dem freiesten Wahlrecht der Welt stützt“ auf. Der ASR bekräftigt im gleichen Beschluss die Auffassung: „... dass die Diktatur, die Gewaltherrschaft einer Klasse, nicht eine dauernde Einrichtung bleiben dürfe.“

Quellen:

Stadtarchiv Gera, III / F36 / 9, Zur Geschichte der Geraer Arbeiterbewegung von 1830 - 1919, Franz Lenzer und Fritz Maskos, Manuskript

Im Kampf sind wir geboren : Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands in Gera, Abriss 1916-1923 / Hans Goldammer, Rudi Scheffel
Gera, 1978

125 Jahre Geraer Sozialdemokratie 1869-1994. Festschrift
Gera [1994]

Quellen zur Geschichte Thüringens 3
/ Hrsg.: Jürgen John, Landeszentrale für politische Bildung
Erfurt, 1996

Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. - Band 3
Berlin, 1966